



Traktoren-Protest in Hebenshausen vor der Gemeindeversammlung

Foto: Stefan Otto

Tag für Tag knapp achtzig Fußballplätze

Zwar wird der Flächenfraß mittlerweile vielerorts als Problem angesehen. Doch Umweltschützer schlagen Alarm, weil konkrete Schutzmaßnahmen bislang ausbleiben.

Städte wachsen, Gewerbegebiete mäandern, Straßennetze werden dichter. Heraus kommt das, was gemeinhin Kulturlandschaft genannt wird, eine vom Menschen maßgeblich geprägte Umgebung. Umweltschützer sprechen indes vom »Flächenfraß« und schlagen Alarm.

»Ökologisch wertvolle Flächen werden in Bauland und Standorte oder Trassen für Infrastrukturen wie Kläranlagen, Flugplätze, Straßen oder Bahnlinien umgewidmet«, schildert das Umweltbundesamt die aktuelle Situation. »Negative Umweltfolgen sowie schädliche städtebauliche, ökonomische und soziale Auswirkungen sind unausweichlich«, warnt die Behörde.

Ein vages Bewusstsein für die Schattenseiten des steten Bau-booms hat die Bundesregierung zwar erkannt. Mit der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gab sie 2002 die Order aus, die Flächenversiegelung schrittweise zurückzufahren. Der Verbrauch sollte bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag reduziert werden. Aber es ist unwahrscheinlich, dass dieses Ziel gehalten wird, denn 2016 betrug die tägliche Inanspruchnahme von neuem Land noch rund 60 Hektar, was einer Fläche von 80 Fußballfeldern entspricht. Vor allem Ackerland geht verloren.

In Bayern hatten die Grünen im Frühjahr ein Volksbegehren unter dem Motto »Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt« eingeleitet. Es formulierte das Ziel, die Versiegelung auf fünf Hektar am Tag einzudämmen. Rund 50 000 Unterschriften hatte die Initiative bereits gesammelt, als das bayerische Verfassungsgericht das Vorhaben im Juli stoppte, weil es darin einen unzulässigen Eingriff in die Hoheit der Kommunen sah. Jetzt machen die Grünen mit dem Thema Wahlkampf und mobilisieren am 6. Oktober zu einer Großdemonstration nach München.

Bei der Flächenversiegelung ist vielerorts ein paradoxer Effekt zu beobachten: Der Verbrauch ist auf dem Land höher als in den prosperierenden Städten. Selbst in Gegenden, in denen die Einwohnerzahl sinkt. In der Oberpfalz etwa ist der Landkreis Neustadt an der Waldnaab bayerischer Spitzenreiter im Flächenverbrauch. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Natürlich solle die historische Altstadt erhalten bleiben, erläuterte der Bürgermeister der Gemeinde Markt Waldthurn, Josef Beimler, unlängst dem Bayerischen Rundfunk. Es würden aber auch Seniorenheime gebraucht, und junge Familien, die im Eigenheim leben wollen, sollten sich auch ansiedeln können. Dafür braucht es nun einmal Platz, und auf dem Land wird in die Breite gebaut, nicht in die Höhe. *sof*

Zehn Nummern zu groß

Ein geplanter Logistikpark in der nordhessischen Provinz spaltet die Gemeinde Neu-Eichenberg

Die Logistikbranche boomt und braucht Platz für Lagerhallen. Den betroffenen Kommunen winken zwar Steuereinnahmen, doch nicht alle begrüßen diese Entwicklung.

Von Stefan Otto

Die Versammlung würde unangenehm werden, das ahnte Jens Wilhelm schon vorher. Am Gasthaus Waldmann laufen bereits seit dem Nachmittag die Proteste gegen den geplanten Logistikpark, den er als Bürgermeister mit auf den Weg bringen will. Am Abend ist der Kneipensaal in Hebenshausen dann übervoll. Es ist die erste öffentliche Zusammenkunft, nachdem bekannt wurde, dass es einen Käufer für die Domänenfläche am Ortsrand gibt. Dort ist kein gewöhnliches Gewerbegebiet geplant, sondern ein »Sondergebiet Logistik«, wie es offiziell heißt. Mehr als 80 Hektar soll es einmal umfassen – das sind rund 100 Fußballfelder, die mit riesigen Hallen für Onlinefirmen und Paketzusteller bebaut werden sollen. Als sich im Frühjahr die Nachricht von einem Investor herumsprach, der das Gelände entwickeln will, hat sich in der Gemeinde Unbehagen ausgebreitet. Nichts wird dann mehr so sein, wie es ist, befürchten die Gegner des Vorhabens, deren Initiative »Für ein lebenswertes Neu-Eichenberg« seitdem regen Zulauf erfährt.

Wilhelm hat erst vor wenigen Wochen das Amt als Bürgermeister in der Gemeinde Neu-Eichenberg angetreten, zu der auch das beschauliche Hebenshausen gehört. 450 Menschen leben in dem nordhessischen Straßendorf nahe dem Dreiländereck mit Niedersachsen und Thüringen. Für den Entwicklung Beteiligten eingeladen, Ingenieure, Verkehrsplaner, Wirtschaftsförderer – und den Investor. Markus Engelmann aus dem Vorstand der Dietz AG stellt sich als Vertreter eines soliden mittelständischen Unternehmens vor, rattert sein Portfolio runter, wirft Fotos von Projekten, »die wir realisiert haben«, an die Wand. Auch er ist sichtlich nervös.

Die Dietz AG hat sich auf die Entwicklung von Gewerbeimmobilien spezialisiert. In Hebenshausen will sie die Hallen vermieten. »Dafür gibt es schon einige Interessenten«, sagt Engelmann. Viel mehr will er aber nicht preisgeben, nur noch soviel: Es wird wohl kein Gleisanschluss benötigt. Dabei liegt das Gelände direkt an der Bahnstrecke von Göttingen nach Kassel. Die Branche wickelt ihren Warentransfer vor allem auf der Straße

ab – Logistikparks sind in den vergangenen Jahren bevorzugt in der Nähe von Autobahnen entstanden. Ohnehin ist der Flächenverbrauch in der Republik enorm, jeden Tag werden knapp 80 Fußballplätze zugebaut. Das Ausmaß entsprach in den vergangenen drei Jahren einer Fläche, die so groß ist wie der Bodensee. Zwar beabsichtigt die Bundesregierung, diesen Flächenfraß zu verringern, doch das ist eine vage Erklärung, die schnell hinfällig wird, wenn die Wirtschaft auf der Matte steht.

Engelmann tritt zwar überaus höflich auf, aber sein Bauvorhaben polarisiert. Immer wieder gibt es Zwischenrufe. »Ist das hier eine Propagandaveranstaltung oder eine Bürgerversammlung?«, schallt es ihm aus der letzten Reihe entgegen. Dort steht Pfarrer Christian Neie-Marwede. Viele im Saal wollen nicht mehr nur zuhören, was über ihre Köpfe hinweg entschieden werden soll. Andere wiederum meckern über die Störenfriede, beschimpfen sie als »Schwachköpfe« und »Idioten«. Schließlich unterbricht Wilhelm die Versammlung und droht damit, Zwischenrufer rauszuwerfen. Die Versammlung steht kurz vor dem Abbruch.

»Auf ein solches Szenario war ich nicht vorbereitet«, erzählt der Bürgermeister ein paar Tage später. Noch immer ist er erstaunt über den Unmut, den Engelmann hervorrief. Die Brisanz des Vorhabens hat er offenbar unterschätzt. Fast scheint es, als habe er den Riss, der durch seine Gemeinde geht, erst mit dem Tumult in der Gaststätte bemerkt. Dabei stehen

sich schon länger zwei Lager im Dorf geradezu feindlich gegenüber.

Den Ökos, wie die Aktivisten der Bürgerinitiative oft genannt werden, geht es nicht um Details, ob etwa eine Ampel oder ein Kreisell an der Bundesstraße errichtet wird. Sie stellen das ganze Projekt in Frage, halten das Logistikgebiet für eine gigantische Umweltzerstörung. Vor ihrer Haustür wollen sie die Blechklotze nicht und auch nicht den Krach von Tausend Lastwagen am Tag. Wilhelm wirkt sprachlos angesichts ihrer grundsätzlichen Fragen zum Klimaschutz. Auch auf ihren dringenden Appell, nach Wegen für einen Ausstieg aus dem Projekt zu suchen, ist er nicht vorbereitet. »Wir haben uns für diesen Prozess entschieden«, sagt er schließlich. »Und wir werden ihn weiter gehen.«

Die Pläne für das Logistikgebiet sind schon 15 Jahre alt. Sie stammen noch aus der Zeit, als der Christdemokrat Roland Koch das Land regierte und das strukturschwache Nordhessen entwickeln wollte. Seine schwarz-gelbe Koalition sah die Domänenfläche nicht als sonderlich erhaltenswert an, obwohl der Acker zu den fruchtbarsten weit und breit zählt. Auch damals sorgte das Vorhaben schon für Unmut. »2004 gab es einen Bürgerentscheid«, erzählt Pfarrer Neie-Marwede. Eine Mehrheit sprach sich seinerzeit dagegen aus, die Pläne fallenzulassen. »Inzwischen haben sich unsere Dörfer aber sehr verändert. Junge Familien sind hergezogen, weil sie das Ländliche suchen«, erzählt er.

Lange sah es so aus, als würde das Logistikzentrum gar nicht umgesetzt werden. »Viele zweifelten daran, ob es überhaupt einen Investor geben würde, und der Protest ließ nach«, erzählt die Grünen-Landtagsabgeordnete Sigrid Erfurth. Sie kommt aus Neu-Eichenberg und war eine der ersten, die gegen das Vorhaben Einspruch erhoben. Als die Gemeindeverwaltung das Projekt dann peu à peu voranbrachte, interessierte es nur noch wenige. Die Kommune indes hatte aber allen Grund, zuversichtlich zu sein. Schließlich boomt die Logistikbranche und hat ihre Umsätze in Deutschland in den vergangenen zwanzig Jahren verdoppeln können.

Wilhelm verspricht sich von dem Gewerbepark vor allem Steuereinnahmen. Bis zu 400 000 Euro im Jahr könnten es sein, wenn das gesamte Gebiet erschlossen würde. Fraglos wäre das ein Geldsegen für die verschuldete Kommune. Und natürlich hofft er auf Arbeitsplätze. Es kursiert die Zahl von 2000 neuen Jobs. Für eine Gemeinde, die gerade einmal 1500 Einwohner hat, ist das Projekt allerdings ein kühnes Vorhaben. Wilhelm hält es letztlich für alternativlos. Aber darin liegt auch eine Gefahr: nämlich die, dem Investor ausgeliefert zu sein. Es wäre nicht das erste Mal, dass ein finanzstarkes Unternehmen einer klammen Kommune die Bedingungen diktiert.

Nun muss Neu-Eichenberg die Planungskosten für den Logistikpark alleine bestreiten und will natürlich nicht auf den Kosten von rund 1,2 Millionen Euro sitzenbleiben, wenn

das Projekt am Ende doch platzen sollte. Das schwächt natürlich die Verhandlungsposition. Derzeit bereitet die Kommune Änderungen des Bebauungsplans vor, die tatsächlich wie ein Entgegenkommen an den Investor wirken: Erdwälle zum Ort sollen niedriger werden, Hallen dürfen höher gebaut werden, Straßen durch das Gelände werden schmaler. »Die Nachbesserungen sind nicht Voraussetzung für ein Einsteigen des Investors gewesen«, betont Wilhelm zwar. Doch viele in Neu-Eichenberg sehen das anders.

Pfarrer Neie-Marwede stellt auf der Gasthaus-Versammlung die Unabhängigkeit der Ratsmitglieder infrage. Er ruft sie dazu auf, »endlich aufzuwachen und die gemachten Fehler zu korrigieren«. Dafür erhält er lange anhaltenden Beifall. »Es war ein emotionaler Moment«, gibt er später zu. »Die Empörung ist groß, dass still und heimlich ein solches überdimensioniertes Projekt geplant wird«, sagt er. »Doch immerhin wird wieder miteinander geredet. Die Gegner des Projekts werden mittlerweile ernst genommen und nicht mehr als Spinner angesehen«, so sein Eindruck.

Zwischen allen Stühlen sitzt die Abgeordnete Sigrid Erfurth. Zwar haben die Grünen als Juniorpartner der CDU in der Landesregierung versucht, in der Umweltpolitik Zeichen zu setzen. Ökomodellregionen wurden geschaffen, mit der eine kleinbäuerliche Landwirtschaft gefördert wird. Auch sollen Ackerflächen besser geschützt werden. Aber trotzdem stimmte im Haushaltsausschuss Anfang September eine große Mehrheit für den Verkauf der Domänenfläche. Auch die Grünen. Sie lehnten sich nicht gegen ihren Koalitionspartner auf. »Wir halten das Logistikzentrum planerisch wie ökonomisch für eine gravierende Fehlentscheidung, sind aber an die alte Zusage der Vorgängerregierung gebunden«, verteidigt Erfurth das Verhalten als finanzpolitische Sprecherin der Fraktion. Ihre persönliche Ablehnung gegen das Projekt erhielt sie indes aufrecht. Bei der Abstimmung blieb ihr Sitz leer.

Der weitere Vorgang ist vorhersehbar. Im November wird die Gemeindevertretung den Bebauungsplan wohl endgültig beschließen. Die Mehrheit von SPD und CDU ist gegen drei Stimmen der Grünen erdrückend. »Dann ist es leider durch«, prophezeit Erfurth. »So ist halt die Welt. Der Online-Handel boomt, und es ist bequem, am Computer einzukaufen. Dann braucht es auch irgendwo solche Logistikzentren.«



Das geplante Logistikzentrum in Neu-Eichenberg

Foto: Dietz AG